

# EIN NACHHALTIGES EUROPA – EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Programm des finnischen Ratsvorsitzes

Vorsitz im Rat der Europäischen Union  
1. Juli–31. Dezember 2019

EU2019.FI

## INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	3
2. GEMEINSAME WERTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT: DAS FUNDAMENT DER EU .....	5
3. EINE WETTBEWERBSFÄHIGE UND SOZIAL INKLUSIVE EU.....	6
3.1 Ein umfassender und zukunftsorientierter Binnenmarkt.....	6
3.2 Wohlstand und Wissen als Grundsteine inklusiven Wachstums .....	8
3.3 Eine ambitionierte, offene und regelbasierte Handelspolitik.....	9
3.4 Hin zu einer inklusiven Wirtschaftsunion.....	9
4. DIE EU ALS GLOBALER VORKÄMPFER FÜR KLIMASCHUTZ.....	11
5. UMFASSENDE SICHERHEIT FÜR DIE BEVÖLKERUNG .....	12
5.1 Die EU als starker, geeinter und effizienter außenpolitischer Akteur .....	12
5.2 Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit für Schutz und Sicherheit in Europa.....	14
5.3 Resilienz im Kampf gegen hybride und Cyberbedrohungen.....	15
6. WEITERE WICHTIGE THEMEN DES FINNISCHEN VORSITZES .....	16
6.1 Umfassende Migrationssteuerung.....	16
6.2 Mehrjähriger Finanzrahmen (2021–2027) zur Umsetzung der Prioritäten der EU .....	17

## 1. EINLEITUNG

Die Prioritäten des finnischen Vorsitzes sind die Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatsprinzips, eine wettbewerbsfähigere und sozial inklusivere Union, die Stärkung der EU als globaler Vorkämpfer für den Klimaschutz sowie die Gewährleistung umfassender Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Finnland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union zu einem kritischen Zeitpunkt. Jüngst haben die Führungsspitzen der EU die Strategische Agenda für den Zeitraum 2019-2024 als ambitionierte und zukunftsgerichtete Antwort auf innere und äußere Herausforderungen sowie zur weiteren Entwicklung der EU angenommen.

Das globale Umfeld wird für die EU immer komplizierter und unberechenbarer: der Wettbewerb zwischen den Großmächten sowie ein erstarkter Unilateralismus erleben Aufwind, während das regelbasierte internationale System mit seinen Normen und Prinzipien in Frage gestellt wird. Wir wurden auch Zeugen davon, wie die gemeinsamen Werte der EU in Zweifel gezogen werden.

Darüber hinaus möchte ein Land die EU verlassen. Wir bereiten uns sowohl auf einen geordneten als auch einen ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs vor. Ziel ist es dabei, die Einigkeit und Interessen der EU zu verteidigen. Der Brexit darf die Agenda der EU nicht auf Kosten anderer relevanter Themen dominieren.

Die Einigkeit der Union ist nun wichtiger denn je. Die Eckpfeiler der europäischen Integration – Frieden, Sicherheit, Stabilität, Demokratie und Wohlstand – müssen geschützt werden. Nur geeint und durch die Verteidigung ihrer gemeinsamen Werte kann die EU Wohlstand generieren und die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen.

Die Europäische Erfolgsgeschichte beruht auf demokratischen Institutionen, den Menschenrechten und dem Rechtsstaatsprinzip. Die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit muss forciert werden, damit die EU das regelbasierte internationale System und internationale Menschenrechtsinstitutionen glaubhaft verteidigen und ihren Bürgerinnen und Bürgern Frieden und Gleichberechtigung garantieren kann.

Unser Handeln sollten wir auf jene Bereiche konzentrieren, in denen die EU am besten einen europäischen Mehrwert leisten kann. In unseren Bemühungen für nachhaltiges Wachstum sowie im Kampf gegen den Klimawandel müssen wir uns noch mehr anstrengen, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Das Ziel muss eine wettbewerbsfähige und sozial inklusive Union sein. Der Binnenmarkt, regelbasierter Freihandel sowie effiziente und moderne Rechtssetzung sind das Rückgrat der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Das Ausschöpfen des gesamten Potentials von Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Digitalisierung spielt eine zentrale Rolle. Die Bereinigung regionaler, sozialer und geschlechterbasierter Ungleichheiten sowie die

Förderung von Bildung und beruflicher Kompetenz in der EU dienen dem Schaffen von nachhaltigem Wachstum und dem Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger.

Nachhaltigkeit muss der gemeinsame Nenner in sämtlichen von der EU gesetzten Handlungen sein; die Implementierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowohl innerhalb der Union als auch darüber hinaus ist sicherzustellen. Die EU muss ihr Profil als globaler Vorkämpfer für den Klimaschutz schärfen, indem sie eine langfristige Klimastrategie mit dem Ziel der Kohlenstoffneutralität bis 2050 beschließt.

Im arktischen Raum setzt sich Finnland für eine Politik ein, die sich auf Stabilität, wirtschaftliche Chancen, Beschäftigung sowie den Schutz der besonders sensiblen Natur konzentriert. Dabei muss der Kampf gegen den Klimawandel, gestützt durch Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation, im Mittelpunkt stehen. Finnland nimmt eine zentrale Rolle bei der Stärkung der Politik der EU für die Arktis ein.

Um die umfassende Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, muss sowohl die innere und äußere Sicherheit der EU gefördert als auch die Verteidigungszusammenarbeit, u. a. bei der Abwehr hybrider Bedrohungen, vertieft werden.

Die Legitimation der EU beruht auf dem sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Wohlstand, den sie schafft. Für die Akzeptanz der EU sind effiziente Entscheidungstreffungsprozesse sowie die konsequente Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen von zentraler Bedeutung. Nur ein starkes und handlungsfähiges Europa kann seinen Einfluss weltweit geltend machen.

Transparenz, bessere Rechtsetzung, das Einhalten der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind essentiell, um das Vertrauen in die Europäische Union zu stärken. Wir bemühen uns in unserer Rolle als Vorsitz um eine offene, aktive und klare Kommunikation, um die Arbeit und die Erfolge der EU in ganz Europa besser verständlich zu machen. Zusätzlich fördern wir den Einsatz digitaler Tools in der Arbeit des Rates.

Finnland ist das erste Vorsitzland, das die Schwerpunkte der Strategischen Agenda 2019–2024 in die Ratsarbeit einbringen wird. Gemäß dem Achtzehnmonatsprogramm fühlen wir uns verpflichtet, einen reibungslosen Übergang in den neuen institutionellen Zyklus sicherzustellen, und wollen enge und konstruktive Beziehungen zu den neugewählten Institutionen aufbauen.

## 2. GEMEINSAME WERTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT: DAS FUNDAMENT DER EU



Die Europäische Union ist vor allem eine Wertegemeinschaft und die EU-Mitgliedschaft setzt die Verpflichtung zu diesen Werten voraus. Für die Akzeptanz, Glaubwürdigkeit sowie ein ordnungsgemäßes Funktionieren der EU sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, unerlässlich. Diese Werte müssen auf allen Ebenen geschützt und gestärkt werden. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern u. a. auch auf das Wirtschaftsleben innerhalb der Union. Im Kern der Rechtsstaatlichkeit stehen unabhängige und selbstständige Gerichte.

Der finnische Vorsitz ist bemüht, die Instrumente für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu stärken und weiter weiterzuentwickeln. Es sollen bessere und effizientere Maßnahmen gefunden werden, um die Einhaltung der gemeinsamen Werte in den Mitgliedstaaten sicherzustellen und möglichen Problemen vorzubeugen. Der Rechtsstaatlichkeitsdialog des Rates wird evaluiert und soll strukturierter und ergebnisorientierter gestaltet werden. Die Arbeit an einem Mechanismus der gegenseitigen Begutachtung wird fortgesetzt. Ebenso wird weiterhin an einer Kopplung von Förderungen aus EU-Mitteln an die Einhaltung des Rechtsstaatprinzips verhandelt. Am Ende dieser Verhandlungen soll ein ausbalancierter und effizienter Mechanismus stehen, mithilfe dessen die Auszahlung von EU-Finanzmitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gebunden wird.

Darüber hinaus ist auch der Kampf gegen Korruption von zentraler Bedeutung. Korruption untergräbt das gemeinsame Regel- und Wertefundament der Union, schwächt das Vertrauen in die Behörden und wirkt sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Haushaltsführung aus.

Die EU muss auch Gleichstellung und Inklusion in allen Politikbereichen stützen. Ungleichheit verschlingt eine nicht unbedeutende Menge an menschlichem und wirtschaftlichem Potential sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Wir benötigen eine EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, die verschiedene Maßnahmen und auch Gender-Mainstreaming umfasst.

### 3. EINE WETTBEWERBSFÄHIGE UND SOZIAL INKLUSIVE EU



Die Wirtschaft in Europa wächst weiter, aber langsamer als bisher. Die Herausforderungen liegen vor allem in der Anpassung der Arbeitsmärkte an die schnelle technologische Entwicklung und in der globalen Neuverteilung der Arbeit. Die öffentlichen Haushalte sind gestärkt und Ungleichheiten haben abgenommen. Die Beschäftigungsraten sind gestiegen, bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger sind allerdings noch weitere Anstrengungen notwendig. Zwar nimmt die Jugendarbeitslosigkeit ständig ab, dennoch benötigen wir mehr Anstrengungen für die Bekämpfung dieses Problems: den Verlust einer Generation können wir uns nämlich nicht leisten. Gemeinsam vereinbarte Regeln und politische Maßnahmen müssen besser umgesetzt werden.

Angesichts der Spannungen im internationalen Handel, des Brexits und der zunehmenden Unsicherheiten im politischen Handlungsumfeld müssen nationale Reformen verstärkt vorangetrieben werden. Europa muss den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und eines schärferen internationalen Wettbewerbs mit nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität entgegentreten.

Im neuen institutionellen Zyklus der EU müssen wir uns mehr denn je auf jene Politikbereiche konzentrieren, die für das Schaffen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen essentiell sind. Um nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, benötigt die EU eine langfristige und umfangreiche Strategie, die sich vor allem auf Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarktes sowie eine ambitionierte und regelbasierte Handelspolitik stützt. Langfristig muss das Ziel sein, die EU zur weltweit wettbewerbsfähigsten und sozial stärksten Wirtschaftsmacht mit niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu machen.

#### 3.1 Ein umfassender und zukunftsorientierter Binnenmarkt

Mit einem BIP von 15 000 Milliarden Euro gehört der EU-Binnenmarkt zu den größten Wirtschaftsräumen weltweit. Er umfasst 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher sowie 21 Millionen KMUs. Die wirtschaftliche Wertschöpfung des Binnenmarkts wird auf 8,5 Prozent des gesamten BIPs der EU geschätzt.

Ein funktionierender Binnenmarkt, regelbasierter Freihandel sowie ein effizientes und modernes Regelwerk sind das Rückgrat der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Wirtschaftswachstum ist das Fundament des europäischen Wohlfahrtsmodells. Die wichtigste Maßnahme für Wachstum und Wohlstand ist die Stärkung des Binnenmarkts. Zur Vertiefung des Binnenmarktes bedarf es eines noch breiteren, zukunftsorientierten Ansatzes, in dem Binnenmarktpolitik, Digitalisierung, moderne Wettbewerbs- und Industriepolitik sowie Handelspolitik eine feste Einheit bilden. Darüber hinaus benötigen wir mehr Konsequenz in der Weiterentwicklung der sozialen Säule. So hat der Binnenmarkt in Europa auch

für die Menschen einen Wert. Wir müssen uns darum bemühen, dass alle Bürgerinnen und Bürger auf dem Binnenmarkt fair behandelt werden. Deshalb muss die Einhaltung von modernen Arbeits- und Sozialstandards im gesamten Unionsgebiet gewährleistet und die Notwendigkeit nach einer Reform von Arbeitsgesetzgebung und Sozialsystemen geprüft werden, damit diese den Herausforderungen neuer Arbeitsformen gerecht werden. Besonders müssen die Arbeitsbedingungen entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jenen Ländern geschützt werden, in denen sie ihre Arbeit verrichten, wobei die effiziente Aufsicht über die Einhaltung dieser Bedingungen sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland von zentraler Bedeutung ist. Dabei ist vor allem auf die vollständige Umsetzung bereits beschlossener Gesetzgebung zu achten und die Kooperation zwischen den Behörden zu verbessern. Die neue Europäische Arbeitsbehörde ELA spielt dabei eine zentrale Rolle.

Es wird eine aktive Industriepolitik auf EU-Ebene forciert. Für die nachhaltige Entwicklung der europäischen Wirtschaft in einer Situation des globalen Umbruchs wird eine Strategie ausgearbeitet.

Das Wachstumspotential Europas ist eng mit dem Dienstleistungssektor verknüpft. Die Entwicklung einer digitalen und datengesteuerten Wirtschaft, von Innovationen, neuen Technologien und Geschäftsmodellen sowie Wertschöpfungsketten basieren auf der Dienstleistungswirtschaft. Um den Binnenmarkt für Dienstleistungen effizienter zu gestalten, müssen vor allem digitale Dienstleistungen sowie der Abbau von Hemmnissen im grenzüberschreitenden Handel forciert werden.

Unser Ziel muss es sein, Europa weltweit an die Spitze der digitalen Wirtschaft zu führen. Digitalisierung, künstliche Intelligenz sowie die Daten- und Plattformwirtschaft sind für Produktivität, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Europa von zentraler Bedeutung. Langfristig werden Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum davon abhängen, ob wir das Potential, das die Digitalisierung bei ihrer Revolution von Industrie und Wirtschaft mit sich bringt, vollständig nutzen. Die Digitalisierung von Bereichen wie Gesundheit und Mobilität beispielsweise bietet bemerkenswerte Geschäftsideen. Auch das Wachstumspotential des Kultur- und Kreativsektors muss genutzt werden. Digitalisierung, Innovation und moderne Technologien können vor allem durch das starke Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ gefördert werden.

Anstrengungen für eine wettbewerbsfähige und menschengesteuerte Datenwirtschaft sind unerlässlich. Als Ausgangspunkt sind die Zugänglichkeit, Kompatibilität und Verarbeitung von Daten zu sehen, ohne dabei individuelle Rechte oder die Privatsphäre zu verletzen. Fortschritt in diesem Bereich ist essentiell, da die Entwicklung digitaler Dienstleistungen und Geschäftsmodelle sowie die Nutzung neuartiger Technologien, wie künstliche Intelligenz, auf der Datenwirtschaft aufbauen. Daher untersuchen wir Bereiche, in denen mehr Anstrengungen nötig sind, und streben dabei einen horizontalen Ansatz an, um die Rolle und die Erfordernisse der Datenwirtschaft sektorübergreifend zu berücksichtigen.

Der Mobilitätssektor bietet anhand neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen sowie Möglichkeiten für Emissionsverringerungen bemerkenswerte Chancen zur Förderung von Wachstum und Nachhaltigkeit.

Hier konzentrieren sich die Anstrengungen neben der weiteren Behandlung noch offener Gesetzgebungsvorschläge auch auf die Voraussetzungen für hochwertige Digitaldienstleistungen, das Mobility-as-a-Service-Konzept, funktionierende Verkehrsnetze sowie emissionsfreien Verkehr. Digitalisierung und Automatisierung werden gefördert, da diese die Weiterentwicklung von Sicherheit und Effizienz auf dem Verkehrssektor stützen und dem Erreichen der Klima- und Umweltziele in allen Verkehrsformen dienlich sind.

### 3.2 Wohlstand und Wissen als Grundsteine inklusiven Wachstums

Während sich die Wirtschafts- und Beschäftigungslage in Europa verbessert hat, wurden wir mit einer neuen Herausforderung konfrontiert – dem Fachkräftemangel. Die soziale Dimension darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn die Verfügbarkeit von Fachkräften auf dem Binnenmarkt verbessert werden soll. Davon profitieren auch jene Menschen, die für den Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind, da eine steigende Beschäftigungsrate eine bessere Finanzierungsgrundlage und mehr Stabilität für den Wohlfahrtsstaat bedeutet. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass eines der Grundziele der EU die Gewährleistung des Wohlergehens für die Bürgerinnen und Bürger darstellt. Wir müssen die so genannte Wohlfahrtsökonomie fördern, einen neuen ganzheitlichen Ansatz, der uns hilft zu verstehen, wie sich menschliches Wohlergehen positiv auf die Produktivität auswirkt, die Wirtschaft ankurbelt und dabei hilft, langfristig öffentliche Ausgaben zu reduzieren.

Unser Ziel muss es sein, das europäische Bildungs- und Forschungsniveau an die Weltspitze zu heben. Die EU benötigt eine zukunftsorientierte und umfassende Strategie für lebenslanges Lernen, in der auch die Umbrüche in der Arbeitswelt sowie die Digitalisierung berücksichtigt sind. Darüber hinaus brauchen wir eine deutliche Stärkung des Erasmus-Programms, um Bildung, Kompetenzentwicklung und Mobilität zu fördern und die europäischen Universitäten zu stärken. Ein langfristiges Ziel muss die Schaffung eines europäischen „Superuniversitätenmodells“ basierend auf den Netzwerken zwischen den europäischen Hochschulen sein. Des Weiteren haben wir neuartige Arbeitsformen zu prüfen und zu überlegen, ob unsere Arbeitsgesetzgebung und Sozialschutzsysteme den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sind. Die EU muss sich in ihrem Handeln auf die Freizügigkeit der Arbeitskräften innerhalb der EU sowie das Anwerben von hochqualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten konzentrieren. Mobilitätsbarrieren müssen abgebaut und die europäischen Arbeitsmärkte stärker integriert werden. Das Ziel der besseren Verfügbarkeit von Arbeitskräften wird in der Migrationspolitik der EU durch die Entwicklung legaler Migrationswege gestützt.

Die stärkere Einbindung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist eine weitere Schlüsselmaßnahme zur Maximierung der verfügbaren Arbeitskraft. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen weiterhin Anstrengungen zur Gleichstellung im Arbeitsleben, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Abschaffung des geschlechterspezifischen Lohngefälles unternehmen. Zusätzlich müssen anhand von Arbeitsschutzmaßnahmen, Gesundheitspolitik und Teilzeitregelungen längere Lebensarbeitszeiten gefördert werden.

Europa kann es sich nicht leisten, auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen zu verzichten. Aus diesem Grund verdient vor allem die soziale Integration von Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit. Alle Jugendlichen sollen unabhängig



von ihrem persönlichen Hintergrund die gleichen Möglichkeiten haben, ihre digitalen Kompetenzen zu schärfen.

### 3.3 Eine ambitionierte, offene und regelbasierte Handelspolitik

Protektionismus und wachsende Spannungen in den internationalen Handelsbeziehungen verunsichern die europäische Wirtschaft. In dieser Situation liegt es an der EU, den Multilateralismus und gemeinsame Regelwerke zu verteidigen und sich gegen eine nach innen gerichtete Politik und neue Handelshemmnisse auszusprechen.

Die EU ist die weltweit größte Freihandelszone und der größte Exporteur von industriellen Produkten und Dienstleistungen. Der internationale Handel trägt erheblich zum wirtschaftlichen und persönlichen Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger bei. Seit dem ersten finnischen Ratsvorsitz im Jahr 1999 hat sich der Handel der EU mit dem Rest der Welt mehr als verdoppelt und macht bereits ein Drittel des BIPs aus. Mehr als 36 Millionen europäische Arbeitsplätze sind vom Export in Drittstaaten abhängig. Der Export bringt der EU einen Mehrwert von 2 300 Milliarden Euro. Um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auch in Zukunft sicherzustellen, müssen neue Märkte erschlossen und gemeinsame Regelwerke gestärkt werden. Eine ambitionierte, offene und regelbasierte Handelspolitik ist die beste Grundlage für eine wettbewerbsfähige EU als attraktiver Handelspartner.

Die EU ist ein starker handelspolitischer Akteur und hat bei der Verteidigung und Stärkung des multilateralen Handelssystems großes Gewicht. Die Reform der Welthandelsorganisation WTO und die Verbesserung der Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit dieser sind wichtige Ziele. Vor allem die Bewahrung des verbindlichen Streitschlichtungssystems der WTO ist zentral.

EU-Handelsabkommen garantieren faire Wettbewerbsbedingungen und erleichtern europäischen Unternehmen den Zugang zu globalen Auftrags- und Wertschöpfungsketten. Während des finnischen Vorsitzes setzt die EU die Verhandlungen über ambitionierte und ausgewogene Handelsabkommen mit den wesentlichen Partnern fort. Eine stärkere Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitszielen in den Handelsabkommen der EU ist essentiell. Zusätzlich ist es wichtig sicherzustellen, dass verhandelte Abkommen rasch in Kraft treten und effizient und vollständig umgesetzt werden, damit die europäischen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen maximal davon profitieren können.

Während des finnischen Vorsitzes setzt die EU die Verhandlungen über eine Vertiefung der Handelsbeziehungen zu den USA auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung von Kommissionspräsident Juncker und US-Präsident Trump vom Juli 2018 fort. Auch die Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit China ist ein wichtiges Ziel. Mit China strebt die EU eine ausgeglichene wirtschaftliche Beziehung an. Europäische Unternehmen müssen einen besseren Zugang zum chinesischen Markt bekommen, und weltweit müssen faire Handelsbedingungen sichergestellt werden.

### 3.4 Hin zu einer inklusiven Wirtschaftsunion

Das Schaffen von nachhaltigem Wirtschaftswachstum setzt entschlossenes politisches Handeln voraus. Eine vollendete Bankenunion, ein nachhaltiger

Kapitalmarkt und funktionierende Abwicklungselemente sind essentiell für einen gut funktionierenden Binnenmarkt für Finanzen. Bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik sind mehr Transparenz und Vereinfachung gefragt. Letztlich sind die Mitgliedstaaten allerdings selbst für ihre Wirtschaftspolitik verantwortlich.

Nur ein gesunder Bankensektor kann die Finanzmittel für notwendige Investitionen in die technologische Entwicklung und den Kampf gegen den Klimawandel aufbringen. Deshalb ist eine zielgerichtete Risikominderung unerlässlich: die Bankenunion lässt sich nur mit einer ambitionierten Einstellung vollenden. Die Verhandlungen werden auf Grundlage der bereits beschlossenen Roadmap fortgeführt und decken auch die aufsichtliche Behandlung von Staatsanleihen ab. Der finnische Vorsitz führt außerdem die technischen Verhandlungen über die gemeinsame Einlagensicherung fort.

Risikodiversifizierung auf dem Kapitalmarkt und nachhaltige Finanzierung sind bei der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion von zentraler Bedeutung. Hierbei muss auch eine Lösung zur Auflösung der problematischen Verflechtung von Banken und Staaten gefunden werden. Umweltschutzfinanzierungen sind als Ergänzung nachhaltiger Klimapolitik zu sehen.

Im Rahmen des EU-Budgets wird speziell für den Euro-Raum ein neues Instrument geschaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Annäherung zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten, wird der Europäische Stabilitätsmechanismus gestärkt.

Die Diskussionen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft werden weitergeführt, wenn in dieser Angelegenheit innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein Fortschritt erzielt wird. Es müssen mehr Anstrengungen gegen schädlichen Steuersenkungswettbewerb und Steuerhinterziehung unternommen werden. Anhand enger Zusammenarbeit auf EU-Ebene können wir aggressiver Steuerplanung, Steuerhinterziehung und dem Steuersenkungswettbewerb effektiv entgegenwirken. So wird Unternehmen ein faires und berechenbares Wirtschaftsumfeld garantiert. Bankenaufsichtsbehörden müssen im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung die entsprechenden Befugnisse und Fähigkeiten zur Verfügung haben.

#### 4. DIE EU ALS GLOBALER VORKÄMPFER FÜR KLIMASCHUTZ



Die EU ist im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Umsetzung globaler Klimamaßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens seit Längerem ein Wegbereiter. Gemäß dem Übereinkommen soll die Erderwärmung auf unter zwei Grad begrenzt werden, wobei das Ziel bei 1,5 Grad liegt. Dazu muss zwischen der Emission von Treibhausgasen und dem Volumen von Kohlenstoffsenken weltweit möglichst zügig ein Gleichgewicht hergestellt werden. Wir müssen Anstrengungen unternehmen, um die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens zu erfüllen und die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Der Übergang zu einem klimaneutralen Europa kann durch geschickte Verknüpfung politischer Maßnahmen auch Wirtschaftswachstum generieren und unsere Wettbewerbsfähigkeit auf Jahrzehnte stärken.

Das Pariser Klimaübereinkommen verpflichtet die Vertragspartner dazu, bis 2020, also praktisch spätestens im Jahr 2020, nationale Ziele zur Emissionsreduktion für 2030 auf den neuesten Stand zu bringen und den Vereinten Nationen eine langfristige Strategie zur Emissionsreduktion vorzulegen. Der Mitteilung der Kommission „Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft“ folgte eine Debatte darüber, wie Europa sich auf das Vorlegen seiner langfristigen Strategie an die Vereinten Nationen vorbereiten soll. Dieser Prozess setzt sich auch unter dem finnischen Vorsitz fort, wobei der Europäische Rat die Möglichkeit haben soll, die zentralen Elemente der langfristigen Strategie der EU Ende 2019 zu definieren.

Die Integration der Klimapolitik in allen Bereichen ist essentiell, u. a. bei der Verwirklichung der Energieunion und der weiteren Verringerung von Treibhausgasemissionen.

Der Übergang zu Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft fördert Emissionsverringerungen und macht Europa wettbewerbsfähiger. Gleichzeitig werden so Wirtschaft und Industrie modernisiert, neue Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum geschaffen sowie der Umweltschutz forciert. Wir führen die Implementierung der aktualisierten Bioökonomie-Strategie der Europäischen Kommission fort. Im Bereich der Kreislaufwirtschaft standen bisher vor allem Kunststoff, Abfall, mehr Einflussmöglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Einbindung von Stakeholdern im zentralen Interesse. Diese Arbeit muss fortgesetzt und gleichzeitig die Marschrichtung für die nächsten Schritte, wie die Ausweitung auf neue Sektoren, vorgegeben werden. Vermehrtes Recycling ist zentral, um Treibhausgasemissionen zu verringern und die Artenvielfalt zu erhalten.

Der strategische und wirtschaftliche Wert von sauberem Wasser und sauberer Nahrung sowie nachhaltiger Landwirtschaft und Waldbewirtschaftung steigt stetig. Wir setzen uns für eine Gemeinsame Agrarpolitik ein, in der der Klimawandel stärker berücksichtigt wird. Wir bringen Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt sowie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und Gewährleistung des Tierwohls voran.

## 5. UMFASSENDE SICHERHEIT FÜR DIE BEVÖLKERUNG



Die Sicherheit Europas wird durch oft gewalttätige Konflikte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft beeinträchtigt. Die Ursachen dieser Konflikte liegen oft in Verstößen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte sowie negativen Auswirkungen des Klimawandels.

Es ist wichtig, dass die EU bei der Lösung von Konflikten konsequent alle ihre Instrumente des auswärtigen Handelns, wie Diplomatie, Krisenbewältigungsoperationen, Handelspolitik und Entwicklungshilfe nutzt. Die EU muss multilaterale Lösungen verteidigen und sowohl ihre Teilnahme an der Bekämpfung von Konflikten als auch ihre Rolle als Vermittler stärken und dabei besonders die wichtige Rolle von Frauen und Jugendlichen berücksichtigen.

Der Schutz Europas setzt voraus, dass wir uns der vorhandenen Instrumente bedienen und uns gemeinsam auf künftige Bedrohungen vorbereiten.

Die EU spielt eine Schlüsselrolle bei der Förderung der umfassenden Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Die EU und ihre Mitgliedstaaten können die Union zu einem sichereren Ort machen, indem sie grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus bekämpfen und die Sicherheit an den Grenzen gewährleisten. Dies setzt auch die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten voraus.

Die innere Sicherheit der EU muss umfassend gefördert werden: von Verbrechensvorbeugung, Strafverfolgungszusammenarbeit und justizieller Zusammenarbeit zu Grenzsicherheit, Zivilschutz und anderen zentralen Bereichen.

Die EU-Strategie der inneren Sicherheit hat einen tragfähigen Rahmen für die Zusammenarbeit in diesem Bereich geboten. Es ist nun an der Zeit, die Stärken und den Entwicklungsbedarf der Strategie zu bewerten. Neue Bedrohungen der inneren Sicherheit müssen erkannt werden, damit wir unsere Reaktionsfähigkeit für die Bekämpfung dieser verbessern können. Dabei muss die immer engere Verknüpfung von interner und externer Sicherheit berücksichtigt werden.

### 5.1 Die EU als starker, geeinter und effizienter außenpolitischer Akteur

Starkes außenpolitisches Handeln der EU ist von höchster Bedeutung für den Erfolg, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Der finnische Vorsitz unterstützt den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Stärkung der Außenpolitik gemäß der Globalen Strategie der EU.

Angesichts des herausfordernden internationalen Umfelds ist eine noch einheitlichere, konsequentere und effizientere EU-Außenpolitik wichtiger denn je. Die Stärkung der Einheit erfordert von den Mitgliedstaaten mehr

Kompromissbereitschaft und gemeinsames Handeln. Für eine konsequente EU-Außenpolitik müssen die entsprechenden Instrumente einheitlich angewandt werden. Möchte die EU mehr Einfluss haben und effizienter agieren, muss sie in der Entscheidungstreffung schneller werden. Die Debatte über die Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in bestimmten Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu nutzen, muss weitergeführt werden.

Auch die Reform der Finanzierung der externen Beziehungen für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen (2021–2027) ist von zentraler Bedeutung für die Kohärenz des Handelns. Die Union muss ein vereinfachtes und flexibleres System finden, in dem eine effiziente Finanzierung die inhaltlichen Ziele unterstützt.

Die EU spielt eine bedeutende Rolle bei der Umgestaltung globaler Handlungsstrukturen. Die regelbasierte, multilaterale Ordnung auf Grundlage der Vereinten Nationen muss gestärkt und bei Bedarf auch reformiert werden. Die Achtung des Völkerrechts sowie die Förderung der universellen Menschenrechte, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen in den Mittelpunkt sämtlichen außenpolitischen Handelns der EU gerückt werden. Die EU muss ein zentraler Akteur in der Entwicklungspolitik und bei humanitärer Hilfe bleiben, und darf auch bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaschutzübereinkommens sowohl in der Union als auch global nicht von ihrer Schlüsselposition abkommen. Auch die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen müssen sektorübergreifend berücksichtigt werden.

Eine nach außen starke EU erfordert einen aktiven globalen Dialog. Die umfassende Modernisierung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika zu einer faireren und gegenseitig nützlichen Beziehung wird auch unter dem finnischen Vorsitz fortgeführt. Ein gemeinsames Ziel muss ein ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltiger Wandel sein, um insbesondere dem Klimawandel, Bevölkerungswachstum und der Steuerung der externen Dimension von Migration Rechnung zu tragen. Es ist entscheidend, dass der geografische Fokus der EU-Entwicklungsfinanzierung in Afrika liegt. Handelsbeziehungen und Investitionen zur Steigerung der Beschäftigung müssen gestärkt werden, wobei Jugendliche und Frauen in Afrika besonders berücksichtigt werden sollen. Wesentlich ist auch die Unterstützung Afrikas in den Bereichen Frieden und Sicherheit sowie nachhaltige Entwicklung und Klimawandel.

Eine gute Partnerschaft zwischen der EU und den USA ist entscheidend, da diese einen Garant für Sicherheit und Wohlstand beiderseits des Atlantiks bietet. Auch die Beziehungen zu China sind strategisch und umfassend zu betrachten. Außerdem ist es wichtig, dass die EU eine konsequente und einheitliche Russland-Politik fortsetzt, dies betrifft auch die Sanktionen. In Bezug auf Russland sind selektive Begegnungen, persönliche Kontakte und regionale Zusammenarbeit unter anderem im Bereich Umweltschutz im Interesse der Union. Die Politik der Nördlichen Dimension bietet dafür geeignete Instrumente.

Größere Stabilität in der Nachbarschaft der Union liegt im unmittelbaren Interesse der EU. Die Östliche Partnerschaft vertieft die Zusammenarbeit mit den sechs Partnerländern und unterstützt diese bei ihren Reformen. Finnland will unter seinem Vorsitz besonders die gesellschaftliche Resilienz stärken. In den südlichen Regionen sollte die Europäische Union die Vereinten Nationen bei

der Vermittlung in Konflikten, die im Nahen Osten und in Nord-Afrika weiterhin großes menschliches Leid verursachen, verstärkt unterstützen.

Die Erweiterungspolitik der Union spielt eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Frieden, Stabilität und Entwicklung in Europa. Das Streben nach einem EU-Beitritt erfordert von den Partnerländern die Verpflichtung zu den gemeinsamen Werten der EU. Der westliche Balkan ist ein strategisch wichtiges Gebiet, und Finnland setzt die Arbeit für glaubhafte Erweiterungsaussichten für die dortigen Länder fort. Als EU-Bewerberland ist die Türkei auf vielen Gebieten ein wichtiger Partner für die EU.

Die Bedeutung der Arktis hat durch den Klimawandel, zunehmende wirtschaftliche Aktivitäten, neue Verkehrsverbindungen sowie das zunehmende geopolitische Gewicht der Region zugenommen. So nimmt die Bedeutung der Arktis für Wohlstand und Sicherheit in der EU ständig zu. Infolge des Klimawandels erwärmt sich die Arktis mehr als doppelt so schnell wie der Rest der Welt, was große Auswirkungen auf das Gebiet und die ganze Welt mit sich trägt. Der Kampf gegen den Klimawandel muss daher im Zentrum der arktischen Politik stehen. Die Chancen, die die natürlichen Ressourcen und die neuen Verbindungen bieten, haben die strategische Bedeutung des Gebiets und das Interesse von zentralen globalen Akteuren gestärkt. Die EU muss besondere Anstrengungen bei arktischer Forschung und Innovationen, Umweltschutz sowie Klimamaßnahmen, wie Verringerung von Rußemissionen und nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr und Energie, unternehmen. Es ist wichtig, dass die Ansichten und Rechte der indigenen arktischen Völkergruppen und örtlichen Gemeinschaften respektiert und gefördert werden.

## 5.2 Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit für Schutz und Sicherheit in Europa

Die EU trägt zu Frieden und Stabilität bei. In einem herausfordernden geopolitischen Umfeld muss die EU die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung vertiefen, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und ihre Position als Sicherheitsgarant zu stärken. Gemäß der Globalen Strategie der EU müssen wir ein glaubhafter Partner auf internationaler Ebene sein. Eine gut funktionierende Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit stärkt auch die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

In der EU-Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung wurden in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt. Die Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zusammen mit dem Europäischen Verteidigungsfonds und der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung sowie die Schaffung des militärischen Planungs- und Durchführungsstabs sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer vertieften Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit. Als Vorsitz bemühen wir uns um eine effiziente Umsetzung vereinbarter Ziele. Wir setzen auch die aktive strategische Diskussion über Sicherheit und Verteidigung in der EU fort.

Wir wollen eine Debatte über die Rolle der künstlichen Intelligenz und Digitalisierung bei der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten führen. Das wirtschaftliche Potential von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz wird als erheblich eingeschätzt, und Europa muss an der Spitze dieser Entwicklung bleiben.

Funktionierende Partnerschaften sind ein zentraler Bestandteil bei der Vertiefung der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit. Unser Ziel ist die Stärkung der EU-NATO-Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen militärische Mobilität und Abwehr von hybriden und Cyberbedrohungen. Gute Beziehungen zwischen der EU und den USA sind eine zentrale Priorität.

### 5.3 Resilienz im Kampf gegen hybride und Cyberbedrohungen

Die Mitgliedstaaten und Institutionen der EU sind durch schwer aufspürbare und schwer definierbare, mehrdimensionale hybride Bedrohungen gefährdet. Wir müssen uns für die Herausforderung rüsten, die sich rasch entwickelnde hybride Bedrohungen darstellen.

Unter hybriden Bedrohungen versteht man den koordinierten Einsatz konventioneller und unkonventioneller Methoden und Instrumente durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure zur Erreichung bestimmter politischer Ziele. Dazu zählen Cyberattacken, Einflussnahme auf Wahlen, und Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, unsere Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und unsere Gesellschaften und die Einheit der EU zu untergraben.

Zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen müssen Kapazitäten sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene gestärkt werden. Wir müssen gemeinsam koordinierte Maßnahmen vorbereiten.

Um die politischen Ziele des Europäischen Rats zu erreichen und das Funktionieren der bestehenden Instrumente sicherzustellen, muss die Arbeit kohärenter gestaltet werden. Darüber hinaus sind starke Partnerschaften, wie zwischen EU und NATO, notwendig. Das Europäische Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen ist ein zentraler Akteur, der die Zusammenarbeit im Bereich der hybriden Bedrohungen forciert.

Als Vorsitz organisieren wir zur Verbesserung der Resilienz der EU und zur Sensibilisierung für hybride Bedrohungen szenariobasierte politische Diskussionen auf verschiedenen Ebenen.

Die Wahrung hoher Cybersicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Mitgliedstaaten sowie für die Handlungsfähigkeit der gesamten EU. Unter anderem bietet die Einführung der 5G-Technologie wichtige neue Chancen; aus Sicht der Cybersicherheit sind hier allerdings noch erhebliche Anstrengungen nötig. Für die Verbesserung der Cybersicherheit bei kritischen Infrastrukturen muss die EU auch gemeinsame Maßnahmen forcieren. Dies liegt im wirtschaftlichen Interesse der Mitgliedstaaten, deren Wirtschaften eng miteinander verknüpft sind. Wir setzen uns für Kompetenzentwicklung im Bereich der Cybersicherheit ein. Ein Ziel der Union muss auch darin bestehen, feindselige Beeinflussung zu bekämpfen und Konflikte zu verhindern, Risiken der Cybersicherheit abzubauen und internationale Beziehungen zu stabilisieren.

## 6. WEITERE WICHTIGE THEMEN DES FINNISCHEN VORSITZES

### 6.1 Umfassende Migrationssteuerung

Migration ist ein globales Phänomen. Eine effiziente Migrationssteuerung setzt ein integriertes Konzept voraus, das die interne und externe Dimension der Migration berücksichtigt. In Bezug auf die Migrationssteuerung ist die Europäische Union dank ihrer breiten Palette an Maßnahmen und starken internationalen Stellung in einer besseren Position als die Mitgliedstaaten alleine.

Menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik stützt sich auf internationale Abkommen, Behördenzusammenarbeit, effiziente Kontrolle der Außengrenzen und angemessene, schnelle und aus Sicht des Rechtsschutzes qualitativ hochwertige Asylprozesse.

Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem als ein Paket anzunehmen wäre zwar die effizienteste Lösung auf EU-Ebene gewesen, wurde aber trotz mehrerer gemeinsamer Anstrengungen dies bis dato nicht erreicht. Eine Alternative könnte darin bestehen, Vorschläge, für die es eine Zustimmung gibt, einzeln anzunehmen. So könnte die EU notwendige Fortschritte und konkrete Ergebnisse bei der Migrationssteuerung erzielen.

Neuansiedlung ist eine der effizientesten Maßnahmen, um den am meisten gefährdeten Personen in Migrationskrisen zu helfen. Ein EU-weites, durch ausreichende wirtschaftliche Anreize verbessertes Neuansiedlungsprogramm würde eine geordnete Lösung darstellen, um den Migrationsdruck zu verringern und Solidarität gegenüber den Ländern zu zeigen, die eine starke Einwanderung zu verzeichnen haben.

Bei der Errichtung von so genannten kontrollierten Zentren im Gebiet der EU gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates konnte kein Fortschritt erzielt werden. Eine Interimsregelung für die Ansiedlung von Personen, die aus Seenot gerettet worden sind, wäre eine aktuellere Initiative, die einen Beitrag zur Lösung von Herausforderungen bei der Umverteilung der geretteten Personen innerhalb der EU darstellen könnte. Bis jetzt wurden diese Herausforderungen Fall für Fall angegangen.

Im Rahmen eines integrierten Ansatzes und der Sicherung des Schengen-Raums sind die Überwachung verschiedener Routen und die Pflege des Lagebildes erforderlich. Wir müssen hinsichtlich der bestehenden und sich entwickelnden Routen wachsam bleiben.

Für eine effiziente und nachhaltige Rückführungspolitik muss die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, wie positive und negative Anreize in der Handels-, Entwicklungs- und Visumpolitik, nutzen. Mehr Anstrengungen und Ressourcen verlangt die Reintegration zurückgeführter Migrantinnen und Migranten.

Die Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache hilft den Mitgliedstaaten, ihre Grenzen zu kontrollieren und bei der Rückführung illegaler Migrantinnen und Migranten effizienter zu agieren. Daher spielt die Agentur eine bedeutende Rolle bei der Sicherung sowohl des Schengen-Raumes als auch der Freizügigkeit.



## 6.2 Mehrjähriger Finanzrahmen (2021–2027) zur Umsetzung der Prioritäten der EU

Finnland bemüht sich als EU-Ratsvorsitz, die Verhandlungen des Rates über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen im Herbst 2019 einem Abschluss zuzuführen. Es soll ein ausgewogener Finanzrahmen erreicht werden, dessen Volumen innerhalb der gemeinsam festgelegten Obergrenzen bleibt und der sowohl die neuen Prioritäten für gemeinsame europäische Ziele wie auch traditionelle Politikbereiche berücksichtigt. Außerdem möchten wir die Behandlung verschiedener sektoraler Verordnungsvorschläge möglichst weit voranbringen.

Der künftige modernisierte Finanzrahmen sollte die politischen Prioritäten der EU effizient verfolgen. Die Knüpfung von Auszahlungen aus dem Finanzrahmen an bestimmte Bedingungen soll die Wirksamkeit von Förderungen stärken. EU-Finanzmittel müssen daher an Bedingungen unter anderem hinsichtlich der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Migrationssteuerung gebunden werden.

Europa muss bei Forschung, Entwicklung und Innovationen Spitzenreiter bleiben. Ein entscheidendes Instrument dafür ist das Rahmenprogramm Horizont Europa, das auf offenem Wettbewerb und hochqualitativer Forschung basiert. Auch die Kohäsionspolitik muss noch stärker auf die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa ausgerichtet werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der sozialen Kohäsion zu. Zunehmender territorialer Zusammenhalt senkt den Bedarf an gemeinsamen Kohäsionsmitteln der EU. Ferner sollte bei der Mittelzuweisung verstärktes Augenmerk auf längerfristige länderspezifische Gegebenheiten, wie geringe Bevölkerungsdichte, gelegt werden.

Landwirtschaft muss in allen Mitgliedstaaten der Union rentabel praktiziert werden können. Eine reformierte und modernisierte Gemeinsame Agrarpolitik muss den Herausforderungen der Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, des Klimawandels sowie des Umweltschutzes gerecht werden. Insbesondere die Entwicklung des ländlichen Raums spielt eine Schlüsselrolle.

Die Migrationssteuerung verlangt einen integrierten Ansatz. Durch ausreichende Finanzierung und die Nutzung verschiedener Rubriken kann den externen und internen Anforderungen der Migrationssteuerung effizienter nachgekommen werden.

Zu den Prioritäten zählt außerdem die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, die einen signifikanten Mehrwert auf EU-Ebene aufweist und die im künftigen Finanzrahmen berücksichtigt werden muss.

Der Klimawandel beeinflusst unsere Lebensweise, und daher müssen die Finanzierungsprogramme des künftigen Finanzrahmens auf die Erreichung der Klimaziele abzielen. Der Vorschlag zur Anhebung der Gewichtung klimapolitischer Maßnahmen auf 25 Prozent des EU-Haushalts unterstützt dieses Ziel. Auch die arktische Politik der EU sowie arktische Projekte, die vielfach über EU-Instrumente gefördert werden, müssen im Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden.

Die Frage der Eigenmittel im künftigen Finanzrahmen muss einfach, transparent und fair gelöst werden. Was die Einnahmenseite angeht, setzen wir uns für

Verhandlungen unter den Mitgliedstaaten ein, um ein faires Ergebnis zu erzielen.

Unter dem finnischen EU-Ratsvorsitz wird außerdem eine Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament über den Haushalt 2020 angestrebt. Sowohl die Haushaltsausführung 2019 als auch der Haushaltsplan 2020 müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung entsprechen.



VALTIONEUVOSTO  
STATSRÅDET

EU2019.FI